

### **Brauchen wir eine Demokratie-Enquete?**

Die Bevölkerung als Souverän ist von den ihre Lebenswirklichkeit betreffenden Entscheidungsprozessen oftmals entfremdet. Viele politische Entscheidungen stoßen auf geringe Akzeptanz oder gar absolutes Unverständnis. Parlamente, die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr mitnehmen, Entscheidungen nicht transparent und nachvollziehbar machen, verlieren an Rückhalt in der Bevölkerung. Bürgerinnen und Bürger haben immer öfter den Eindruck, dass Themen im Parlament diskutiert werden, die nichts mit ihrem Leben, ihren Lebenssituationen und Erfahrungen zu tun haben. Oder es wird an gesellschaftlichen Mehrheiten vorbei diskutiert und regiert. Obwohl sich viele Menschen stärker in den politischen Prozess einbringen und Möglichkeiten demokratischer Beteiligung stärker ausreizen wollen, fühlen sie sich dennoch oftmals recht schnell entmutigt und „ruhiggestellt“. Dies sind nur einige Gründe für die seit Jahren konstatierte Politikverdrossenheit, Politikerverdrossenheit und partielle Demokratieskepsis.

Politik darf nicht nur „für“ die und „über den Köpfen“ der Bürgerinnen und Bürger gemacht werden, sondern muss zusammen mit ihnen entwickelt werden. Als der eigentliche Souverän in unserer parlamentarischen Demokratie muss ihnen nicht nur mehr Gehör geschenkt werden, vielmehr müssen sie auch tatsächlich (mit)entscheiden dürfen. Demokratische Partizipation darf sich nicht im Wahlakt sowie in bürgerschaftlichem Engagement auf kommunaler Ebene erschöpfen – auch wenn beides äußerst wichtig ist –, wenn Demokratie von allen regelmäßiger als bisher ge- und erlebt werden soll. Dazu ermuntert auch Artikel 20 Absatz 2 Grundgesetz. Wozu Entscheidungen über die Köpfe der Mehrheit der betroffenen Bevölkerung hinweg führen können, zeigen „Stuttgart 21“ oder die Proteste gegen Atommülltransporte. Es geht den „Wutbürgern“ und anderen Engagierten darum, ein „gewichtiges Wörtchen“ mitreden zu dürfen, in deliberative Prozesse frühzeitig mit einbezogen zu werden, es geht darum, dass kritische Einwände nicht nur gehört, sondern ernsthaft in der weiteren Planung beachtet werden. Es geht darum, mitzuentcheiden. Es ist und bleibt daher Aufgabe von Politik, Betroffene zu Beteiligten zu machen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich ein gewisser Teil eben auch nicht unmittelbar beteiligen möchte oder denkt, es nicht zu können. Diese Menschen müssen sanft motiviert und informiert werden, damit sie sich selbst aus ihrer Passivität befreien können. Bürgerinnen und Bürgern treten mittels dieser direkter Einflussnahme auf politische Entscheidungen aus der sogenannten Zuschauerdemokratie heraus. Sie gedeihen zu Subjekten demokratischer

Willensbildung. Dies stärkt im Endeffekt nicht nur die Demokratie, sondern auch die Menschenwürde.

Der Einsetzung einer Demokratie-Enquete im Bundestag steht die Fraktion DIE LINKE demzufolge sehr positiv gegenüber, damit dort grundlegende und längerfristige gesellschaftliche wie politische Problemlagen aufgearbeitet und konkrete politische Lösungswege vorgeschlagen werden. Wir begrüßen es immer, wenn es Bürgerinnen und Bürger gibt, die sich für mehr Demokratie einsetzen.

Nebenbei erwähnt gibt es in unserer Fraktion eine Arbeitsgruppe „Demokratisierung der Demokratie“, die sich mit Demokratiedefiziten befasst und Verbesserungsvorschläge bzw. Handlungsstrategien aufzeigt. So wurden beispielsweise Solidarkommune und Beteiligungshaushalt in Weiterentwicklung, aber auch im Gegensatz zur Bürgerkommune diskutiert. Das Modell der Solidarkommune geht unter anderem davon aus, dass „das reine Stellvertretermodell erschöpft“ und wirkungsvolle(re) Bürgerbeteiligung samt kommunikativer Gegenmacht dringend notwendig ist (Carsten Herzberg). Eine transparente Verwaltung, die verständliche und nachvollziehbare Entscheidungen trifft, kann ebenfalls dazu beitragen, eine Demokratieskepsis zu überwinden, wie die Etablierung von Demokratie-Audits.

Im Folgenden werden in knapper Thesenform einige Demokratiedefizite aufgeführt, die in den Arbeitsplan einer Demokratie-Enquete aufgenommen werden sollten: Demokratie krankt hierzulande zunehmend an Legitimation. Demokratie in Deutschland krankt ebenso am Widerspruch zwischen formal-demokratischem Regelwerk und realem Ausschluss von Mitbestimmung. Ferner besteht ein Widerspruch zwischen formaler Demokratie und Macht der Wirtschaftssphäre, Wirtschaft ist fast gänzlich undemokratisierte Sphäre. Die Demokratie in Deutschland krankt an mangelnder Freiheit und an Gemeinsinn zur demokratischen Teilhabe. Die Demokratie in Deutschland krankt gleichsam an fehlender sozialer Gerechtigkeit und Gleichstellung. Öffentliche ideologisierte Meinungsmanipulation ist ein Problem. Es fehlt zudem an einer wirksamen außerparlamentarischen demokratischen Bewegung gegen verkrustete Strukturen. Weitere Defizite sind das Fehlen neuer, anderer Artikulationsformen des Massenwillens (politischer Streik etc.) sowie das Fehlen eines ausgeprägteren Minderheitenschutzes. Parteienoligarchie, Ämterpatronage, Lobbyismus, Korrumpierung, Bestechung und Selbstbedienung sind gemeinsam mit der Angst vor Machtverlust prägende Probleme.

Gerade die Demokratisierung der Wirtschaft ist ein zentrales Anliegen der LINKE. Eine Wirtschaft hat den Menschen und ihren Bedürfnissen, nicht primär dem Profit zu dienen. Aus unserer Sicht erfordert Wirtschaftsdemokratie heute eine Wirtschaftsordnung, die nicht nur Kapital-, sondern eine Pluralität von Eigentumsformen kennt. In einer solidarischen Wirtschaftsordnung, wie DIE LINKE

sie anstrebt, haben staatliche und kommunale, gesellschaftliche und private, genossenschaftliche und andere Formen des Eigentums Platz.

Wirtschaftsdemokratie erfordert die soziale Regulierung von Märkten, die den Zielen der Verteilungsgerechtigkeit, Vollbeschäftigung, der ökologischen Nachhaltigkeit und innovativen Reaktion auf neue Herausforderungen bei sparsamem Einsatz gesellschaftlicher Ressourcen verpflichtet ist, sowie einen Finanzsektor, der auf seine Kernfunktionen der Versorgung von Unternehmen, öffentlichen Institutionen und privaten Konsumenten mit Krediten und die Regelung des Geld- bzw. Zahlungsverkehrs zurückgestutzt ist. Bedeutsam ist zugleich ein interventionsfähiger Wohlfahrtsstaat, der Zugang zu allen öffentlichen Gütern, soziale Sicherheit und die Sicherung armutsvermeidender, Teilhabe ermöglichender Lebensstandards, hohe Bildungsstandards und soziale Integration garantiert. Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Zivilgesellschaft müssen gestärkt, neue Formen von Selbstverwaltung in Wirtschaft und Gesellschaft entwickelt und etabliert werden. Konkret sind zum Beispiel die Mitbestimmung der Beschäftigten auszuweiten und Belegschaften am Eigentum des Unternehmens zu beteiligen. Des Weiteren ist über die Demokratisierung der einflussreichen trans- und internationalen Institutionen, von der Europäischen Union über Weltbank und Internationalen Währungsfonds bis hin zu den Vereinten Nationen, nachzudenken.

DIE LINKE tritt für die Ergänzung der Parlamente durch Runde Tische oder Wirtschafts- und Sozialräte auf allen Ebenen ein. In solchen Gremien sollten Gewerkschaften, Kommunen/kommunale Spitzenverbände, Verbraucherinnen und Verbraucher, soziale, ökologische und andere Interessenverbände vertreten sein. Diese Runden Tische oder Räte müssen die Möglichkeit haben, sozial und ökologisch schädliche Vorhaben zu stoppen und gesetzgeberische Initiativen einzuleiten.

Die angestrebte Vitalisierung der Demokratie darf sich nicht in der Einsetzung einer Demokratie-Enquete erschöpfen. Gegen Demokratieverdruss hilft nur mehr Demokratie, mehr direkte Demokratie, also auch Volksabstimmungen auf Bundesebene. Schon parallel zu einer Enquete kann man die Volksgesetzgebung in einem dreistufigen Verfahren rasch einführen, wie wir es in unserem Gesetzentwurf mit der Drucksachenummer 17/1199 fordern. In einem abgestuften Verfahren sollen Bürgerinnen und Bürger entweder die Politik zwingen können, sich mit bestimmten Themen zu befassen oder aber selbst einen Gesetzentwurf zur Abstimmung vorzulegen. Dabei muss die Gesetzesvorlage „aus dem Volk“ verfassungsrechtlich zulässig sein. Sie ist es nicht, wenn beispielsweise der Kerngehalt der Grundrechte berührt wird. Unzulässig sind allein Volksinitiativen, die sich auf das Haushaltsgesetz beziehen.

Außerdem setze ich mich für ein verbindliches Mitspracherecht der Kommunen bei Entscheidungen über ihre eigenen Angelegenheiten ein. Auch dieser Antrag (Drs. 17/1744) von uns liegt bereits vor.

Neue Formen demokratischer Teilhabe sind natürlich nicht zum Nulltarif zu haben. Organisatorischer Aufwand, Ersatzleistungen für Erwerbsausfallzeiten, materielle Ausstattungen sind notwendige Kosten der Demokratie. Was die gesetzgebenden Körperschaften für sich als selbstverständlich beanspruchen, muss durchgängig für alle demokratischen Verfahren und Gremien durchgesetzt werden.

Eine vitale Demokratie lebt von ihrer Weiterentwicklung. Es bedarf alles in allem tief gehender Strukturreformen. Appelle allein helfen nicht weiter. Eine Demokratie-Enquete ist eine sehr gute Idee, wenn das Ergebnis ein Mehr an Demokratie auf allen Ebenen ist. Mehr Demokratie „wagen“ muss man dafür gar nicht: Die richtige Entscheidung für mehr Demokratie wird zwiespältig, wenn die Demokratie selbst zugleich als Wagnis angesehen wird. Aus LINKEr Sicht muss man Demokratie nicht „wagen“. Wir brauchen schlicht ein Mehr an Demokratie, denn eine Demokratie ohne Volk kann schwerlich Demokratie genannt werden.

**Harald Koch, MdB DIE LINKE**, ist Mitglied des Finanzausschusses, des Verteidigungsausschusses und des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement.

**Kontakt:** [harald.koch@bundestag.de](mailto:harald.koch@bundestag.de)